



Nr. 98 | März 2010

Willkommen!

Liebe EWN-LeserInnen,

die biologische Vielfalt auf unserer Erde ist bedroht. Durch veränderte Landnutzung, Zersplitterung, Raubbau, nicht nachhaltige Bewirtschaftung, Umweltverschmutzung, Einschleppung invasiver Arten und nicht zuletzt durch den Klimawandel werden die Lebensräume etwa von Tieren und Pflanzen zunehmend beeinträchtigt und vernichtet. Nach Angaben der Europäischen Kommission sind bereits mehr als ein Drittel aller erfassten Arten vom Aussterben bedroht. Der Verlust der biologischen Vielfalt zählt neben dem Klimawandel zu den dringlichsten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Um das weitere Fortschreiten des Artensterbens aufzuhalten und das Thema der biologischen Vielfalt mit seinen vielen Facetten stärker in das öffentliche Bewusstsein zu rücken, haben die Vereinten Nationen das Jahr 2010 zum Internationalen Jahr der biologischen Vielfalt erklärt. In Deutschland unterstützen Bund, Länder und Kommunen sowie viele weitere Akteure mit zahlreichen Veranstaltungen und Aktionen das Jahr der biologischen Vielfalt. Aber auch jeder Einzelne ist aufgerufen, sich für den schonenden und verantwortungsbewussten Umgang mit der natürlichen Umwelt zu engagieren. Denn biologische Vielfalt ist der natürliche Reichtum unserer Erde. Die Vielfalt der Arten, der Gene und Ökosysteme ist Grundlage für unser Leben.

Ihre Servicestelle Kommunen in der Einen Welt / InWent gGmbH

In den heutigen **Eine Welt Nachrichten** finden Sie folgende Rubriken:

- Über uns
- Termin-Nachlese
- Materialien & Medien
- Tipps
- Hintergrund
- Organisation direkt
- Monatshighlight
- Stellenbörse
- Partnergesuche
- Wettbewerbe
- Spruch des Monats
- Kontakt und Hinweise

Veranstaltungshinweise finden Sie ausschließlich online unter service-eine-welt.de/veranstaltung/Veranstaltungen.html

Email- und Internetangaben sind in der *EWN* als Hyperlink eingerichtet.

*****Die nächsten EWN erscheinen am 19. April 2010*****

Über uns

Bundesweites Netzwerk Faires Beschaffungswesen

Das nächste Treffen des bundesweiten Netzwerkes Faires Beschaffungswesen findet am Donnerstag, den 29. April 2010 in Hannover statt. Reservieren Sie sich den Termin und profitieren Sie mit Ihren Fragen und Erfahrungen im Dialog.

Kontakt: SKEW, Michael Marwede, Fon 0228/4460-1632, Fax 0228/4460-1601,
michael.marwede@inwent.org, www.service-eine-welt.de/beschaffungswesen/beschaffungswesen-start.html

Termin-Nachlese

24.02.2010, Bonn

Kommunen aktiv für den Klimaschutz

Die deutschen Städte und Gemeinden tragen erheblich dazu bei, den Ausstoß an klimaschädlichen Treibhausgasen zu senken. Dass sich Maßnahmen für den Klimaschutz auch auszahlen, zeigte die nunmehr dritte kommunale Klimaschutzkonferenz, zu der der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) gemeinsam mit dem Bundesumweltministerium (BMU) nach Bonn eingeladen hatte. „Gerade die energetische Erneuerung der sozialen Infrastruktur in den Kommunen führt dazu, dass sich Klimaschutzmaßnahmen auf lokaler Ebene nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch lohnen“, sagte Umwelt-Staatssekretär Jürgen Becker. Wie der Bürgermeister der Stadt Bergkamen und Erster Vizepräsident des DStGB ausführte, ließen sich durch gezielte Investitionen in die Isolierung von Außenwänden und Dächern, in neue Fenster sowie in moderne Heizungsanlagen der über 40.000 kommunalen Schulgebäude, 50.000 Kindertagesstätten sowie mehr als 15.000 Verwaltungsgebäude der Energieverbrauch um bis zu 30 Prozent senken. Ein verminderter Energieverbrauch entlaste nicht nur die kommunalen Haushalte, sondern senke zudem die Kohlendioxid-Belastung und unterstütze das örtliche Handwerk und Baugewerbe. Die durch das Konjunkturpaket II bereitgestellten Investitionsmittel würden daher äußerst zielgerichtet investiert. „Die kommunalen Akteure erfüllen als bürgernächste Ebene das Leitmotiv ‚Global denken, lokal handeln‘ am wirksamsten mit Leben“, so Schäfer, der in diesem Zusammenhang beispielhaft auf die mittlerweile 2.600 kommunalen Grundsatzbeschlüsse zum Klimaschutz im Rahmen der Lokalen Agenda verwies. Die konkret in der Konferenz aufgezeigten Beispiele reichten von der klimagerechten Stadtentwicklung über Energieeinsparmöglichkeiten bis hin zu kommunalen Energiekonzepten der Zukunft. Schäfer wies schließlich auch auf die Vorreiterrolle der kleinen und mittleren Städte und Gemeinden hin. So sei es etwa den Gemeinden Jühnde in Niedersachsen sowie Freiamt in Baden-Württemberg bereits früh gelungen, ihren Energiebedarf zu 100 Prozent aus erneuerbaren Quellen zu decken. Inzwischen zählt das BMU deutschlandweit immerhin 34 Regionen, die als „100-Prozent-Erneuerbare Energien-Regionen“ ausgewiesen sind. Diese machen bereits ein Zehntel des Bundesgebietes aus.

www.dstgb.de

Materialien & Medien

Tätigkeitsbericht des Rates für Nachhaltige Entwicklung

Kurz vor Ende seiner Berufungsperiode im Mai 2010 hat der Rat für Nachhaltige Entwicklung nun seinen Tätigkeitsbericht für die Jahre 2007 bis 2010 vorgelegt. Darin ziehen die Berater der Bundesregierung ein grundsätzlich positives Fazit ihrer Arbeit. Die Bilanz offenbart aber auch Grenzen, die der Rat im Kern auf die Struktur des von der Bundesregierung gewählten Arbeitsmodells zurückführt. Auf der Habenseite verbucht der Rat, dass das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung in der Öffentlichkeit und in der deutschen Wirtschaft bekannter geworden sei und erheblich an Akzeptanz gewonnen habe. Die Idee der Nachhaltigkeit sei zudem großen Teilen der Gesellschaft geläufiger als noch vor drei Jahren. Die öffentliche Diskussion über Nachhaltigkeitsfragen habe eine „neue Stufe“ erreicht, etwa in den Debatten um den nachhaltigen Konsum, die nationale Nachhaltigkeitsstrategie, die Energiepolitik, den anhaltenden Flächenverbrauch oder die Finanz- und Steuerpolitik. Der Rat

unterstreicht in seinem Tätigkeitsbericht aber auch, dass das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung trotz vieler Verbesserungen noch nicht zur verbindlichen Norm in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft geworden sei. Daran müsse weiter gearbeitet werden. Dem Rat sei dies mit seinen jetzigen Kapazitäten nur eingeschränkt möglich. Der Tätigkeitsbericht kann im Internet heruntergeladen werden.

www.nachhaltigkeitsrat.de/uploads/media/Broschuere_RNE-Taetigkeitsbericht_2007-2010_texte_Nr_30_Februar_2010.pdf

Handreichung für Migrantenorganisationen

Zahlreiche Migrantenorganisationen in Deutschland engagieren sich in ihren Herkunftsländern mit gemeinnützigen Projekten und sind dabei auf externe Finanzierungsmöglichkeiten angewiesen. Eine Aufstellung der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) gibt nun einen Überblick über die Förderinstitutionen auf Bundes- und Länderebene, bei denen Migrantenorganisationen Unterstützung für gemeinnützige entwicklungspolitische Projekte im Ausland beantragen können. Die elfseitige Handreichung „Finanzierungsmöglichkeiten für gemeinnützige Projekte in Herkunftsländern von Migranten“ kann im Internet heruntergeladen werden.

www.gtz.de/de/dokumente/gtz2009-de-finanzierungsmoeglichkeiten-diasporakoop.pdf

Internetportal zur Partnerschaft zwischen NRW und Ghana

Informationen über die Partnerschaft zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und der westafrikanischen Republik Ghana gibt es jetzt online. Auf einer eigenen Internetseite informiert die NRW-Landesregierung in Deutsch und Englisch über konkrete Projekte, aktuelle Ereignisse sowie Austausch- und Förderprogramme im Rahmen der Partnerschaft. So können sich BesucherInnen etwa über die Energiegewinnung aus der Jatropha-Nuss oder Tanz- und Theaterprojekte informieren. Künftig wird es auch eine Rubrik für „geschlossene Nutzergruppen“ geben. Diese soll dazu dienen, dass Interessierte miteinander in Kontakt treten, sich austauschen und vernetzen können. Die Partnerschaft zwischen NRW und Ghana besteht seit 2007. Die Zusammenarbeit erstreckt sich auf die Gebiete Wirtschaft, Infrastruktur, Energie, Pharmazie und Gesundheitswesen, Agrarwirtschaft, Bildung, Kultur, Migration und Entwicklung sowie Gender- und Frauenpolitik. Auch Hochschulkooperationen sowie Schul- und Städtepartnerschaften sind aktiv in die Partnerschaft einbezogen. Zur kommunalen Entwicklungszusammenarbeit mit Ghana hat die Servicestelle kürzlich eine Studie herausgegeben, die über unsere Internetseite bestellt oder heruntergeladen werden kann.

www.nrw-ghana.de, www.service-eine-welt.de/home/Standard-kommunale_ez_mit_ghana.html

Studie zur Kinderarbeit im Kakaoanbau für Billigschokolade

Kinderarbeit und katastrophale Arbeitsbedingungen sind die Schattenseiten unserer Billigschokolade. Zu diesem Ergebnis kommt die Studie „Die dunkle Seite der Schokolade!“, die das SÜDWIND-Institut im Auftrag des Bistums Aachen und der Evangelischen Kirchenkreise Aachen und Jülich erstellt hat. Der Erhebung zufolge arbeiten alleine im weltweit führenden Kakaoanbauland Elfenbeinküste 89 Prozent der Kinder von Kakaobauern ebenfalls in den Plantagen. Ein Großteil der Kinder entstamme anderen Familien und arbeite in teilweise sklavenähnlichen Verhältnissen. 27 Prozent der Kinder würden niemals eine Schule besuchen. Fast 40 Prozent klagten über Migräne, was auf schädigenden Pestizidkontakt hindeute. Schutzkleidung werde nie getragen, was häufig zu Verletzungen beim Arbeiten mit den gefährlichen Macheten führe. Die Studie sowie eine Kurzfassung stehen im Internet zum Download bereit.

<http://downloads.kirche-im-bistum-aachen.de/20/1975/1/72863237247649317182.pdf>,

<http://downloads.kirche-im-bistum-aachen.de/20/1975/1/72746933884448693173.pdf>,

Veranstaltungskalender zum Jahr der biologischen Vielfalt im Internet

Das Bundesumweltministerium hat im Internet einen Veranstaltungskalender eingerichtet, der über alle Veranstaltungen zum Internationalen Jahr der biologischen Vielfalt 2010 informiert. Ob Vorträge über Wölfe in Deutschland oder Exkursionen zur Artenvielfalt, ob Experten-Workshops zur Biodiversität oder Mutter-Kind-Wildniscamps – der interaktive Kalender bietet allen Interessierten eine schnelle Übersicht und praktische Suchfunktionen.

<http://kalender.biologischevielfalt.de/start.php>

RGRE-Datenbank zur kommunalen Entwicklungszusammenarbeit

Die Deutsche Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) hat ihre Datenbank zur kommunalen Entwicklungszusammenarbeit aktualisiert. Dabei sind insbesondere die Ergebnisse einer bundesweiten Befragung von Kommunen eingeflossen. Ziel der Datenbank ist es, einen Überblick über das kommunale Engagement in der Einen Welt zu geben. Die derzeit 112 in der Datenbank vorgestellten Projekte spiegeln die große Bandbreite der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit wider, wobei sich dennoch einige Trends feststellen lassen. So ist der beliebteste Partnerkontinent deutscher Kommunen mit 43 Projekten Afrika, dagegen gibt es lediglich 14 Partnerschaften mit Kommunen aus Asien. Die häufigsten Themen der Zusammenarbeit beziehen sich auf Soziales, Gesundheit und Infrastruktur. Trotz der schlechten Haushaltssituation in den Kommunen sind 70 Prozent aller Kommunen bereit, Eigenmittel in Projekte zu investieren. 30 Prozent der Projekte werden im Rahmen der nationalen Entwicklungszusammenarbeit durchgeführt. Die Datenbank soll weiter aktualisiert werden. Zudem ist ein Leitfaden mit ausführlichen Berichten sowie anderen Hinweisen für Auslandseinsätze in Arbeit.

www.rgre.de

Film zu Sinn und Wirkung der Entwicklungszusammenarbeit

Die Hilfsorganisation World Vision Deutschland hat einen 18-minütigen Film zur aktuellen Diskussion über Sinn und Wirkung von internationaler Hilfe in Entwicklungsländern veröffentlicht. Der Film „Wie funktioniert Entwicklungszusammenarbeit – Drei World Vision-Projekte in Peru“ beschreibt die Arbeit in drei unterschiedlich fortgeschrittenen Entwicklungsprojekten im peruanischen Anden-Hochland, wobei das „junge“ Projekt noch in der Anfangsphase steckt, das zweite Projekt bereits seit fünf Jahren läuft und das dritte Projekt seit mehr als zwölf Jahren besteht. Der Film kann im Internet angesehen werden.

www.worldvision.de/video_view.php?videoname=21

Tipps

Mitmachen beim Wettbewerb „Bundeshauptstadt der Biodiversität“

Aus Anlass des Internationalen Jahres der biologischen Vielfalt sucht die Deutsche Umwelthilfe mit Unterstützung der Stiftung „Lebendige Stadt“ die „Bundeshauptstadt der Biodiversität“. Dazu sollen im Juli 2010 alle deutschen Städte und Gemeinden angeschrieben werden und dann vier Monate Zeit haben, sich mit entsprechenden Projekten und Ideen zum Schutz der biologischen Vielfalt zu bewerben. Der Wettbewerb ist eingebunden in das europäische Projekt „Capitals of Biodiversity“. Denn zeitgleich mit Deutschland wird der Wettbewerb auch in Frankreich, Spanien, Ungarn und der Slowakei ausgetragen. Die deutsche Gewinnerstadt erhält ein Preisgeld von 50.000 Euro. Die Ergebnisse und Best-practice-Beispiele werden dokumentiert und den Städten und Gemeinden zur Verfügung gestellt. Auch wenn die Kommunen erst im Sommer angeschrieben werden, ist es ratsam, schon jetzt Ideen zu sammeln und Möglichkeiten der Teilnahme zu entwickeln. Weitere Informationen zum Wettbewerb gibt es im Internet.

www.lebendige-stadt.de, www.biodiversitaetskommune.de, www.capital-biodiversity.eu

Bewerben als Fairtrade-BotschafterInnen

Das Hamburger Aktionsbündnis für den Fairen Handel „hamburg mal fair“ organisiert ein großes Ideen-Casting für den fairen Handel. Gesucht werden kreative Jugendliche mit Einfallsreichtum, Witz, Mut und diplomatischem Geschick, die sich als Fairtrade-BotschafterInnen für den fairen Handel einsetzen. Wer sich zutraut, Aufmerksamkeit zu erregen und andere für den fairen Handel zu begeistern, kann sich mit seinen Ideen bewerben. Der Fantasie sind dabei keine Grenzen gesetzt. Ein FairRap, eine Kurzfilmidee oder ein Theatersketch sind ebenso gefragt wie Straßenaktionen, faire Verkaufsaktionen oder Fairradwerbung. Bei der Umsetzung der Ideen und Projekte gibt es Hilfe von „hamburg mal fair“. Alle Projekte und BotschafterInnen-Teams werden auf der Internetseite des Aktionsbündnisses präsentiert und bei einem Fairtrade-Fest im Sommer vorgestellt. Die besten Ideen und BotschafterInnen werden zudem im Rathaus geehrt.

Kontakt: „hamburg mal fair“, Dr. Friderike Seithel, Mobile Bildung, c/o Süd-Nord-Kontor,
Stresemannstr.374, 22761 Hamburg, Fon 040/896079, Fax 040/8997452, info@hamburgmalfair.de,
www.hamburgmalfair.de

Teilnahmemöglichkeit für Schulen an der Earth Hour 2010

Tausende von Städten rund um den Erdball werden am 27. März 2010 um 20.30 Uhr wieder für eine Stunde die Beleuchtung bekannter Gebäude und Sehenswürdigkeiten ausschalten. Hunderte Millionen Menschen machen zu Hause ebenfalls für 60 Minuten die Lichter aus und zeigen so, dass ihnen das Klima etwas wert ist. Gemeinsam senden sie einfach per Lichtschalter damit eine starke globale Botschaft an die Regierungen dieser Welt. Die so genannte Earth Hour ist auch für Schulen oder Schulklassen ein guter Anlass, sich mit dem Thema Klimawandel und Klimaschutz auseinanderzusetzen. Zum Mitmachen hat der World Wide Fund for Nature (WWF) nun Materialien und Informationen für die schulische Arbeit vorbereitet. Von Bastelmaterial über Lehrmittel bis hin zum Kohlendioxid-Rechner ist für alle Altersgruppen etwas dabei. Wie sich Schulen und Schulklassen an der Earth Hour beteiligen können, erfahren sie im Internet.

www.wwf.de/earthhour, www.wwf.de/bildung

Anmelden zur Woche der Sonne

Der Bundesverband Solarwirtschaft e. V. (BSW-Solar) ruft Solarbegeisterte auf, sich vom 1. bis 9. Mai 2010 mit eigenen Veranstaltungen an der Woche der Sonne zu beteiligen. Ziel der bundesweiten Woche ist es, das öffentliche Interesse für die Solarenergie zu steigern und allen Interessierten die Gelegenheit zu geben, sich auf lokalen Veranstaltungen über die Möglichkeiten der privaten Nutzung der Sonnenenergie und die Chancen einer regionalen Energieversorgung zu informieren. Das Konzept ist denkbar einfach: Egal ob Unternehmen, Solarinitiative, Schule oder Kommune, jeder, der in der Aktionswoche eine Veranstaltung zum Thema Solarenergie durchführt, kann sich im Internet registrieren und damit an der Woche der Sonne teilnehmen. Dabei erhalten Akteure kostenlose Informationsmaterialien, mit denen sie über die Vorteile der Solarenergie informieren können. Dazu gibt es Tipps zur Veranstaltungsplanung und zur Durchführung von Werbemaßnahmen und der lokalen Pressearbeit.

www.woche-der-sonne.de

Mitmachen beim Fairtrade-Frühstück

Immer mehr Länder beteiligen sich an der Aktion „Fairtrade-Frühstück“ rund um den Internationalen Tag des Fairen Handels am 8. Mai 2010. Neben Deutschland, der Schweiz und Frankreich sind nun auch England, Finnland, Spanien, Portugal, Polen, Tschechien, Brasilien und Korea dabei. Möglichkeiten, wie auch Sie zwischen dem 19. April und dem 23. Mai 2010 mit einem fairen Frühstück ein Zeichen für den fairen Handel setzen können, stellt der Verein zur Förderung des fairen Handels mit der Dritten Welt „TransFair“ auf seiner Internetseite vor.

www.transfair.org

Faire Fastenaktion in Mecklenburg-Vorpommern

Unter dem Motto „Sieben Wochen mit Produkten aus Fairem Handel und der Region“ haben das Evangelische Frauenwerk in Mecklenburg-Vorpommern und die Fair-Handels-Beratung Mecklenburg-Vorpommern zusammen mit der Regionalgruppe Mecklenburg der Katholischen Frauengemeinschaft Deutschlands zu einer besonderen Fastenaktion aufgerufen. Im Rahmen der Aktion sollen die Menschen die Wochen bis Ostern nutzen, um ihre eigenen Konsumgewohnheiten in Frage zu stellen und darüber nachzudenken, ob sie wirklich das ganze Jahr über das komplette Obst- und Gemüsesortiment brauchen, zumal wenn hinter den Produkten ungerechte Handelsbeziehungen stünden. Jeder könne die Fastenzeit nutzen, um weltweite Gerechtigkeit mit dem Einkaufskorb zu leben und die lokale Wirtschaft zu stärken. Die Fastenaktion steht unter der Schirmherrschaft der Parlamentarischen Staatssekretärin für Frauen und Gleichstellung, Margret Seemann.

www.kirche-mv.de/Fastenaktion-7-Wochen-mit.7wochenmit.0.html

Großer Zuspruch zur Handelsmesse FA!R2010

Die FA!R2010, die vom 23. bis 25. September 2010 in Dortmund stattfinden wird, stößt auf viel Zuspruch. Schon jetzt gibt es mehr Aussteller als bei der ersten Auflage 2008. Auf der Messe werden Hersteller, Importeure, Händler und Lizenznehmer aus Deutschland und dem Ausland ihre Produkte und Dienstleistungen präsentieren. Die begleitende Fachtagung mit ExpertInnen des fairen Handels aus Deutschland und Produzenten aus den Ländern des Südens wird unter anderem interessante Vorträge zur Wirtschaftsethik, zum kommunalen Beschaffungswesen und über den Rohstoff Baumwolle beinhalten. Zudem gibt es gute Beispiele, Diskussionsrunden und Workshops zum Thema fairer Handel.

www.fair2010.de

Hintergrund

Hannover für faire Beschaffung und gegen Kinderarbeit

Die Stadt Hannover setzt zukünftig mehr Produkte aus fairem Handel ein. Von Kindern hergestellte Produkte werden dabei vollständig verbannt. Dies ist der Kern eines neuen Beschaffungskonzeptes, das die Verwaltung jetzt den Ratsgremien vorgelegt hat. Wie die Stadt Hannover in einer Pressemeldung am 1. März 2010 meldet, sollen in selbstbetriebenen Verkaufskiosken für städtische MitarbeiterInnen, in Schulen und Jugendzentren, in den Betriebsbistros der Verwaltung und im Hannover Congress Centrum Getränke wie Kaffee, Tee, Trinkschokolade, Orangen- und andere Fruchtsäfte nur noch aus fairem Handel zum Verkauf kommen. Zudem wird die Stadt weitere Produkte, die durch Kinder hergestellt werden, zukünftig über den fairen Handel beziehen. Hierzu gehören insbesondere Arbeitskleidung, Spielwaren in Kindertagesstätten, Sportbälle und Pflastersteine. Der Nachweis ist von den Herstellern dabei entweder durch ein Fair-Trade-Label, gleichwertige Siegel oder durch eine Selbstverpflichtung für sich und ihre Zulieferer zu erbringen. Das Konzept basiert auf der im vergangenen Jahr von den Ratsgremien einstimmig beschlossenen Millenniumserklärung des Deutschen Städtetages.

www.presse-hannover.de/

Neue Entwicklungspolitische Leitlinien in Rheinland-Pfalz

Um die Entwicklungszusammenarbeit aller Ressorts zu verstetigen und sie mit entwicklungspolitisch engagierten Organisationen und Initiativen zu verzahnen, hat die rheinland-pfälzische Landesregierung am 9. Februar 2010 entwicklungspolitische Leitlinien verabschiedet. Sie beschreiben und konkretisieren die Zielsetzung des entwicklungspolitischen Handelns und sind eine wichtige Grundlage auch für alle entwicklungspolitischen Kräfte im Land. Die Landesregierung will noch enger mit den Akteuren und Initiativen kooperieren und dabei der entwicklungsbezogenen Bildungs- und Informationsarbeit ein besonders hoher Stellenwert einräumen. Mit seinem entwicklungspolitischen Engagement nimmt Rheinland-Pfalz Mitverantwortung für eine weltweite nachhaltige Entwicklung wahr und leistet gleichzeitig auch ein Beitrag zur Zukunftssicherung von Rheinland-Pfalz.

Federführendes Ressort ist das Ministerium des Innern und für Sport.

www.ism.rlp.de; www.millenniumziele-mainz.de, www.millenniumziele-mainz.de/aktuell/download/entwicklungspolitische_Leitlinien_03_2010.pdf

Online-Umfrage zur Nachhaltigen Entwicklung in Thüringen

Die ThüringerInnen halten Bildung für das zentrale Themenfeld im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes und fordern unter anderem ein längeres gemeinsames Lernen an den Schulen sowie eine bundesweit einheitliche Bildungspolitik. Dies geht aus der Online-Umfrage hervor, die der Beirat für Nachhaltige Entwicklung Thüringen im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes durchgeführt hat. Als zweitwichtigstes Themenfeld sehen die Befragten Energie und Klima. Bei den Antworten in diesem Themenfeld überwiegen die Forderungen nach einer Stärkung der erneuerbaren Energien und einer Steigerung der Energieeffizienz. Außerdem erachten die Befragten es als wichtig, VerbraucherInnen durch umfassende Informationen über ihre Möglichkeiten aufzuklären und auf politischer und rechtlicher Ebene die Forschung innerhalb dieses Themenfeldes voranzubringen sowie Programme und Konzepte zu schärfen. Als drittwichtigstes Themenfeld haben die Befragten

Regionales und nachhaltiges Wirtschaften gewählt. Nach Ansicht der TeilnehmerInnen der Umfrage sollen regionale Wirtschaftsstrukturen durch Förderung regionaler Produkte gestärkt werden. Durch dezentrale Produktion könnten die Nachfrage innerhalb der Regionen gefördert und Transportwege verkürzt werden. Entscheidend für den Erfolg der Nachhaltigkeitsstrategie Thüringen ist nach Ansicht der Befragten die Bewusstseinsbildung und Stärkung der Eigenverantwortung bei den BürgerInnen sowie die breite Beteiligung möglichst vieler Menschen an der Nachhaltigkeitsstrategie Thüringen. Die Online-Umfrage fand von Juni bis September 2009 statt. Dabei riefen 1.189 Personen die Umfrage auf, 778 davon beantworteten den Fragebogen.

[www.nachhaltigkeitsbeirat-](http://www.nachhaltigkeitsbeirat-thueringen.de/files/aktuelles/NH_Thueringen_Finale_Auswertung_der_Online-Umfrage-2.pdf)

[thueringen.de/files/aktuelles/NH_Thueringen_Finale_Auswertung_der_Online-Umfrage-2.pdf](http://www.nachhaltigkeitsbeirat-thueringen.de/files/aktuelles/NH_Thueringen_Finale_Auswertung_der_Online-Umfrage-2.pdf)

17 Bewerbungen für Titel der Europäischen Umwelthauptstadt

Insgesamt 17 europäische Städte haben sich um den Titel der Europäischen Umwelthauptstadt für das Jahr 2012 sowie um jenen für das Jahr 2013 beworben. Aus Deutschland dabei ist die Stadt Nürnberg. Antreten wird sie gegen europäische Zentren wie Barcelona, Budapest, Rom oder Glasgow, aber auch gegen kleinere Städte wie Malmö, Murcia, Ebroo oder Vitoria. Mit der isländischen Hauptstadt Reykjavik und dem ukrainischen Torun sind auch zwei Städte aus Staaten im Rennen, die der Europäischen Union nicht angehören. Komplettiert wird die Bewerbungsliste durch Antwerpen, Bologna, Lodz, Ljubljana, Nantes und Sevilla. Die Auswahlkommission, die nun die Bewerbungen prüft, will im September dieses Jahres ihre Empfehlungen vorlegen. Im Oktober 2010 sollen die durch eine Jury ausgewählten Preisträger dann in Stockholm bekannt gegeben werden.

http://ec.europa.eu/environment/europeangreencapital/press_submenu/100202_applicants_2012_2013.html

IG BAU für Verbot von Grabsteinen aus Kinderarbeit

Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) setzt sich für ein Verbot von Grabsteinen aus Kinderarbeit auf deutschen Friedhöfen ein. In einem Schreiben hat die Gewerkschaft die Ministerpräsidenten aller Bundesländer aufgefordert, die Aufstellung von Grabsteinen aus Kinderarbeit zu verbieten und den Kommunen zu erlauben, ihre Friedhofsatzungen so zu ändern, dass zukünftig nur Grabmale aufgestellt werden, die nachweislich ohne ausbeuterische Kinderarbeit hergestellt werden. Laut dem für die Handwerkspolitik zuständigen IG BAU-Vorstandsmitglied Andreas Steppuhn sei die Gewerkschaft höchst besorgt, weil durch die Ausbeutung von Kindern in Steinbrüchen Menschenrechte mit Füßen getreten werden. Darüber hinaus seien durch die Kinderarbeit in Indien Arbeitsplätze in der heimischen Natursteinproduktion gefährdet. Die IG BAU ist eigenen Angaben zufolge Mitglied im Verein XertifiX, der sich im Kampf gegen Kinderarbeit stark macht.

www.igbau.de/db/v2/frameset.pl

Integrationsförderung durch Migrantenorganisationen

Der Nationale Integrationsplan und das bundesweite Integrationsprogramm heben die Bedeutung von Migrantenorganisationen für die Integrationsförderung hervor. Diese stoßen jedoch häufig an ihre Grenzen, da sie hauptsächlich ehrenamtliche Arbeit leisten und bislang meist kaum über Netzwerke und Fördermöglichkeiten verfügen. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) hat daher ein neues Förderkonzept für Migrantenorganisationen entwickelt. Es betrifft nicht nur das BAMF, sondern richtet sich an Bund, Länder, Kommunen, Verbände und viele andere Akteure. Zu seinen Empfehlungen gehört insbesondere der Auf- und Ausbau tragfähiger Strukturen für die Integrationsarbeit von Migrantenorganisationen, die Professionalisierung der Vereinsarbeit sowie die stärkere interkulturellen Öffnung auf Seiten der kommunalen Verwaltung und in der Jugendverbandsarbeit. Das Förderkonzept wurde im Rahmen einer Fachtagung des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement im November 2009 vorgestellt. Der Bericht dazu liegt nun als Vortrag von Romy Bartels in schriftlicher Ausarbeitung vor und kann im Internet heruntergeladen werden.

www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2010/02/nl4_bartels.pdf

Große Zustimmung zu erneuerbaren Energien

Die erneuerbaren Energien treffen bundesweit bei der Bevölkerung weiterhin auf große Zustimmung. Dies ist das Ergebnis einer aktuellen Umfrage des Forsa-Instituts zu erneuerbaren Energien. Danach

wünschen sich insbesondere die Menschen in Süddeutschland mehr Erneuerbare-Energien-Anlagen in ihrer Region. Doch auch in den norddeutschen Bundesländern fordert eine überdurchschnittliche Mehrheit, den Ausbau der erneuerbaren Energien weiter voranzutreiben und die Nutzung herkömmlicher Energieträger wie Kohle, Gas und Atomkraft zu verringern. Mehrheitlich erwarten die Befragten zudem ein stärkeres Engagement ihrer Landes- und KommunalpolitikerInnen in Bezug auf erneuerbare Energien. Fast 80 Prozent der Befragten geben an, den eigenen Strom am liebsten aus erneuerbaren Energien zu beziehen. An der Umfrage beteiligten sich mehr als 4.800 Menschen in ganz Deutschland.

www.unendlich-viel-energie.de/de/panorama/umfrage-akzeptanz-der-erneuerbaren.html

Britische Regierung für soziale Aspekte bei der Holzbeschaffung

Die britische Regierung geht bei der Holzbeschaffung mit gutem Beispiel voran. Wie das britische Departement for Environment, Food and Rural Affairs (Defra) mitteilt, werden alle von der britischen Regierung gestellten Aufträge für Holzprodukte vom 1. April 2010 an soziale Kriterien als Vertragsbedingungen enthalten. Danach muss die Bewirtschaftung des Waldes in voller Berücksichtigung der Interessen der indigenen Völker, Gemeinden und Waldarbeiter geschehen. Dabei beziehen sich die Kriterien ausdrücklich auch auf Besitzansprüche und Nutzungsrechte, Wege zur Lösung von Beschwerden und Streitigkeiten, die Sicherung des grundlegenden Arbeits- und Gesundheitsschutzes und der Sicherheit. Nach Angaben des Ministeriums kauft die britische Regierung 20 Prozent allen Holzes im Vereinigten Königreich.

www.defra.gov.uk/news/2010/100120b.htm

Bremerhaven auf dem Weg zur Klimastadt

Die Stadt Bremerhaven will sich in den kommenden Jahren als „Klimastadt“ etablieren und eine Vorreiterrolle einnehmen. Das sieht ein Konzept vor, welches von der Stadt gemeinsam mit dem ortsansässigen Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung (AWI) und weiteren Institutionen entwickelt wurde. Grundsätzlich geht es dabei darum, alle Akteure zusammenzubringen, die sich am Standort mit erneuerbaren Energien beschäftigen. Wie die AWI-Direktorin Karin Lochte bei der Präsentation des Konzeptes betonte, habe die Stadt als Standort der Klimaforschung und der Offshore-Windenergie-Industrie sowie des Klimahauses beim Klimaschutz so viel Kompetenz wie kaum eine andere Kommune. Das von der Stadtverordnetenversammlung in Auftrag gegebene Konzept soll nach der Beratung in den parlamentarischen Gremien in konkrete Vorhaben umgesetzt werden. Ein erster Schritt ist bereits getan. So ist kürzlich in Bremerhaven die Deutsche Klimastiftung gegründet worden. Die gemeinnützige Stiftung will nach eigenen Angaben eine Brücke zwischen der Forschung und der Bevölkerung schlagen und mit Bildungsprojekten die Bereitschaft der Bevölkerung fördern, selber etwas gegen den Klimawandel zu tun.

www.bremerhaven.de/meer-erleben/stadt-haus/pressemitteilungen/2010/01/19/klimastadt-bremerhaven-klima-kompetenz-soll-zum-markenzeichen-werden.26003.html,

www.bremerhaven.de/downloads/397/26008/Klimastadt+Bremerhaven+Konzeptstudie.pdf

Heimatüberweisungen von MigrantInnen in der EU

Die MigrantInnen in den 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben im Jahr 2008 insgesamt 31,8 Mrd. Euro in ihre früheren Wohnsitzländer transferiert. Im Jahr 2004 waren es noch 19,4 Mrd. Euro. Wie das Europäische Statistikamt Eurostat mitteilt, stammen zwei Drittel sämtlicher Heimatüberweisungen von Erwerbstätigen aus vier Ländern. Angeführt wird die Liste dabei von Spanien mit 7,8 Mrd. Euro, Italien mit 6,4 Mrd. Euro und Frankreich mit 3,4 Mrd. Euro. Deutschland liegt mit 3,1 Mrd. Euro auf dem vierten Platz der Heimatüberweisungen. Die Zahlen beinhalten sowohl Geldflüsse innerhalb der EU-Mitgliedstaaten als auch Geldflüsse in Drittländer.

http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_PUBLIC/2-11022010-AP/DE/2-11022010-AP-DE.PDF

Situation des Tourismus in den Tsunami-Regionen

Fünf Jahre nach dem schweren Tsunami scheint sich die Situation des dortigen Tourismus normalisiert zu haben. Nach Zahlen, die die Bundesregierung nun im Tourismusausschuss des Bundestages präsentierte, sind im Jahr 2008 in Thailand, auf den Malediven, in Indien und in Indonesien sogar mehr

ausländische TouristInnen gewesen als vor dem Seebeben im Dezember 2004. Lediglich Sri Lanka hat dem Bericht zufolge das Niveau noch nicht wieder erreicht.
www.bundestag.de/presse/hib/2010_02/2010_052/02.html

Organisation direkt

111 Jahre Naturschutzbund Deutschland

Der Naturschutzbund Deutschland (NABU) blickt in diesem Jahr auf sein 111-jähriges Bestehen zurück. Mit mehr als 420.000 Mitgliedern und 40.000 FörderInnen ist der NABU heute Deutschlands mitgliederstärkster Umweltverband, der in allen umweltpolitischen Bereichen engagiert ist. Gegründet 1899 von der Fabrikantengattin Lina Hähnle in Stuttgart als „Bund für Vogelschutz“, entwickelte sich der Verband zu einer modernen Umweltorganisation mit heute 15 Landesverbänden und 30.000 ehrenamtlich Aktiven. So leistet der NABU praktischen Naturschutz vor Ort und betreut mehr als 5.000 Schutzgebiete in Deutschland. Der Schutz von Arten und Lebensräumen sind neben dem Klimaschutz auch die zentralen Themen im NABU-Jubiläumsjahr, das auch Internationales Jahr der biologischen Vielfalt ist.

www.nabu.de, www.nabu.de/nabu/portrait/geschichte/

Monatshighlight

Stadt Chemnitz mit eigenem Stadt-Kaffee

Chemnitz erhält einen eigenen Stadt-Kaffee. Wie die City-Management und Tourismus Chemnitz GmbH (CMT) mitteilt, wird der fair gehandelte und aus biologischem Anbau stammende Kaffee ab 25. März 2010 in der Tourist-Information und in ausgewählten Geschäften der Stadt zum Preis von 3,89 Euro für 250 Gramm erhältlich sein. Wie es weiter heißt, soll aus den Erlösen des Kaffeeverkaufs unter anderem die Bürgerstiftung Chemnitz unterstützt werden. Chemnitz hatte im vergangenen Jahr beim bundesweiten Wettbewerb „Hauptstadt des Fairen Handels“ den dritten Platz belegt.

www.chemnitz-kaffee.de

Wettbewerbe

Einsendeschluss 15.04.2010

Internationaler Jugenddemokratiepreis

Der Jugenddemokratiepreis der Bundeszentrale für politische Bildung wird an Initiativen, Projekte oder Einzelpersonen vergeben, die sich in besonderer Weise für die Demokratie oder die Demokratisierung in Europa einsetzen. Neben den EU-Staaten sind auch Bewerbungen möglich aus Albanien, Andorra, Belarus, Bosnien und Herzegowina, Island, Kasachstan, Kroatien, Liechtenstein, Mazedonien, Moldawien, Monaco, Montenegro, Norwegen, Russland, San Marino, Schweiz, Serbien, Türkei, Ukraine und dem Vatikan. Eingereichte Projekte sollen dabei von jungen Menschen zwischen 14 und 27 Jahren initiiert und durchgeführt werden oder junge Menschen als Zielgruppe haben. Dabei sollten die Projekte nicht älter als zwei Jahre und nicht kommerziell ausgerichtet sein. Der Gewinner des mit 3.000 Euro dotierten Preises wird von einer Jugendjury ausgewählt. Die Preisverleihung findet am 20. Mai 2010 in Bonn im Rahmen der Preisverleihung des Internationalen Demokratiepreises Bonn statt.

www.bpb.de/veranstaltungen/SJM1TQ,0,0,Jugenddemokratiepreis.html

Einsendeschluss 23.04.2010

Bayerischer Energiepreis 2010

Mit dem Bayerischen Energiepreis prämiiert die Bayerische Staatsregierung herausragende Produkte, Projekte, Verfahren und Konzepte aus allen Bereichen der innovativen Energienutzung. Bewerben können sich Unternehmen, Forschungsinstitute, Hochschulen, Verbände und Institutionen ebenso wie Städte, Gemeinden und Landkreise bis hin zu privaten Projektteams und Einzelpersonen aus Bayern.

Hauptkriterien für die Preisvergabe sind die technische Neuheit und der Innovationsgrad des eingereichten Beitrags. Weitere Beurteilungskriterien sind Praxisrelevanz und -übertragbarkeit, Marktpotenzial, Energiebilanz, Wirtschaftlichkeit, Wertschöpfungstiefe sowie positive Beschäftigungseffekte. Neben dem Hauptpreis von 10.000 Euro werden bis zu zehn Anerkennungspreise in Höhe von jeweils 1.500 Euro verliehen.

<http://www.bayerisches-energie-forum.de/energiepreis2010>

Einsendeschluss 14.05.2010

Kommunalfuchs 2010

Die Monatszeitschrift für Kommunalpolitik „DEMO“ vergibt wieder die „Kommunalfüchse“ für intelligente Kommunalpolitik. Vergeben werden Preise in den Kategorien „Kommunalpolitische Gesamtstrategie“, „Kommunalpolitische Einzelvorhaben“, „Kommunalpolitisches Lebenswerk“, „Junges kommunales Engagement“ sowie „Kommunales Engagement gegen Rechts“. Die Projekte sollten beteiligend, effizient, nachhaltig, sozial und vernetzt sein. Die GewinnerInnen werden auf dem DEMO-Kommunalkongress am 16. und 17. Juni 2010 in Mannheim prämiert und werden in der DEMO, dem DEMO-Newsletter und der Kongressdokumentation vorgestellt.

www.demo-online.de/kommunalfuchs-2010

Einsendeschluss 15.05.2010

Förderpreis Nachhaltigkeit

Mit dem Förderpreis Nachhaltigkeit, der erstmals durch die Altstipendiaten der Konrad-Adenauer-Stiftung vergeben wird, soll die Verwirklichung nachahmenswerter Ideen im Bereich der Nachhaltigkeit gefördert und ein Beitrag dazu geleistet werden, das Thema Nachhaltigkeit noch mehr in der deutschen Öffentlichkeit zu verankern. Teilnehmen können Städte und Gemeinden sowie Privatinitiativen, die ein nachhaltiges Projekt gemeinsam mit kommunaler Unterstützung vorantreiben. Der Förderpreis wird im Jahr 2010 im Handlungsfeld „Energie“ ausgeschrieben. Das Preisgeld von 10.000 Euro dient dabei der Anschub- oder Co-Finanzierung eines Nachhaltigkeitsprojektes.

<http://kas-as-nachhaltigkeit.de/>

Einsendeschluss 31.05.2010

Klima kommunal 2010

Das von den Kommunalverbänden in Niedersachsen sowie zahlreicher weiterer Partner getragene Projekt „Klimawandel und Kommunen – KuK“, das Niedersächsische Ministerium für Umwelt und Klimaschutz und das Niedersächsische Ministerium für Soziales, Familie, Frauen und Gesundheit führen gemeinsam den Landeswettbewerb „Klima kommunal 2010“ durch. Mit dem Wettbewerb sollen Klimaschutzaktivitäten in den niedersächsischen Kommunen initiiert und beispielhafte Ansätze für kommunalen Klimaschutz prämiert werden. Neben der Auszeichnung der besten Wettbewerbsbeiträge und der Verleihung des Titels „Niedersächsische Klimakommune 2010“ stellt das Land Niedersachsen Preisgelder in Höhe von bis zu einer Mio. Euro zur Verfügung.

www.kuk-nds.de

Einsendeschluss 01.06.2010

Wettbewerb „Grüne Spielplätze“

Der Wettbewerb „Grüne Spielplätze“ hat das Ziel, vorbildliche Spielplätze auszuzeichnen, bei denen eine abwechslungsreiche, standortgerechte und qualitative Grüngestaltung eine zentrale Rolle spielt. Das Forum „Die grüne Stadt“ lädt Kommunen, Planer, Landschaftsgärtner, Spielplatzträger, Bürgervereine und andere interessierte Gruppen dazu ein, ein Spielplatzkonzept vorzulegen, bei dem die Bepflanzung eine zentrale Rolle spielt. Dem Gewinner winkt ein Preisgeld in Höhe von 10.000 Euro.

www.die-gruene-stadt.de/documents/DGS-AusschreibungGrueneSpielplaetze.pdf

Einsendeschluss 15.06.2010

Naturschutzpreis 2010 der Bezirksregierung Arnsberg

Mit dem Naturschutzpreis 2010 will die Bezirksregierung Arnsberg das Interesse von MigrantInnen für Natur und Umwelt wecken und Kenntnisse der zugewanderten Menschen nutzen. Unter dem Motto

„Leben in Vielfalt – Migration und Naturschutz“ werden Ideen und Projekte gesucht, die Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in den ehrenamtlichen Naturschutz einbinden. Bewerben können sich alle im ehrenamtlichen Naturschutz Engagierten, Naturschutzverbände und -organisationen, Migratenorganisationen, Hochschulen, Schulen und Kindergärten des Regierungsbezirks Arnsberg. Der Preis ist mit 10.000 Euro dotiert. Die Gewinner werden im Herbst auf der Naturschutzkonferenz des Regierungsbezirkes ausgezeichnet.

www.bezreg-arnsberg.nrw.de/aktuell/2010/02/021_10.html, www.bezreg-arnsberg.nrw.de/aktuell/2010/02/021_10_pdf.pdf

Spruch des Monats

„Während wir Philosophen noch streiten, ob die Welt überhaupt existiert, geht um uns herum die Natur zu Grunde.“

Karl Raimund Popper

Kontakt und Hinweise

Mit besten Grüßen

Ihr Team Servicestelle Kommunen in der Einen Welt/InWEnt gGmbH

Friedrich-Ebert-Allee 40, 53113 Bonn

Fon 0228/4460-1632 | Fax 0228/4460-1601

info@service-eine-welt.de

V.i.S.d.P.: Michael Marwede

Redaktion: barbara.baltsch@inwent.org